Der Steinarbeiter

ORGAN des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Herausgeber:
Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.
Verantwortlicher Redakteur:
A. Staudinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:
Leipzig
Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. die gespaltene Petitzeile oder deren Raum.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 13. Sonnabend, den 28. März 1903. 7. Jahrgang.

Die Unternehmer und die Einführung der Bundesrats-Verordnung.

> Die besitzenden Klassen sollten deshalb auch jetzt mehr denn je darauf achten, die arbeitenden Klassen billig und gerecht zu behandeln. (Sehr richtig! rechts und bei den Sozialdemokraten.) Das höchste Gut eines Volkes ist nicht die Dividende und nicht der Reinertrag (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten); und man möchte in dieser Beziehung, meine ich, wünschen, daß das deutsche Volk etwas mehr wieder an das Volk der Denker und Träumer erinnerte und für solche Gesichtspunkte wieder etwas mehr Verständnis gewinnen möchte.
>
> Graf Posadowsky im Reichstag am 27. April 1898.

Mit den sogenannten sozialreformerischen Gesetzen ist es eine sehr eigentümliche Sache. Die Sozialreform wurde geschaffen, um die herrschenden Uebelstände, unter denen die Arbeiter im modernen Wirtschaftsbetriebe zu leiden haben, zu mildern; denn von einer vollständigen Beseitigung kann unter der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht die Rede sein. Aber alle diese vorhandenen Mißstände, die zu lange Arbeitszeit der Erwachsenen, die Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Frauen 2c. 2c. haben sich durch die Macht der Unternehmer herausgebildet. Um zu leben, muß sich der Arbeiter bis zu einem großen Grade dem Willen des Unternehmers fügen. Freiwillig verzichtet der Unternehmer nicht auf die Ausnützung seines wirtschaftlichen Uebergewichts, die Arbeiter sind in den meisten Berufen noch zu schwach, um den Unternehmern erhebliche Zugeständnisse abzutrotzen. Daher muß die Gesetzgebung für die wirtschaftlich Schwachen eintreten und Gesetze schaffen, die es den Unternehmern verbieten, die Ausbeutung ihrer Arbeiter über einen gewissen Grad hinaus zu betreiben.

Ein solches Gesetz, das nur allein durch die statistischen Erhebungen unsrer Organisation zu stande kam, ist für einen Teil der deutschen Steinarbeiter geschaffen und trat am 1. Oktober 1902 in Kraft.

Schon damals, als die Herren Unternehmer in ihrer sozialpolitischen Rückständigkeit durch diese Verordnung überrascht wurden, schäumten sie vor Wut über eine solche ja ganz selbstverständliche und überaus notwendige sozialpolitische Bestimmung. Insbesondere waren wir in Nr. 23 vom vorigen Jahre in der Lage, dieses rückständige Gebaren eingehend zu beleuchten. Ein Ritter der Feder hatte damals die Entdeckung gemacht, daß es eine Berufskrankheit überhaupt nicht gäbe und in seinem hingeschmierten Phantasiegebilde zeigte er den Steinarbeitern, daß durch diese Verordnung eine Lohnschmälerung von 20 Proz. eintreten müsse. Dieser Geistesritter teilte ferner noch mit, daß viele Geschäfte die Bude zumachen müßten, weil sie sich nicht mehr rentabel gestalten würden.

Es ist geradezu komisch, wenn man von seiten der Unternehmer, den angeblichen Intelligenzen, eine solche oberflächliche Würdigung dieser Materie zu kosten bekommt.

Die Debatten auf dem Unternehmerverbandstag zu Düsseldorf bewegten sich in dem nämlichen naiven Rahmen und ein süddeutscher Steinmetzmeister, Herr Burrer in Maulbronn, dem vor etlichen Tagen der Titel eines leibhaftigen königlichen Hofsteinmetzmeisters verliehen wurde, erklärte nach dem selbstredend gedrängten Bericht — neue Bestimmungen seien nicht notwendig.

Würde man von dieser Seite nur einen Blick in unsre Denkschrift geworfen haben, wahrhaftig, dann hätten solche Aeußerungen unterbleiben müssen. Mit solchen Gegnern zu polemisieren, sei uns erlassen, für uns handelt es sich darum, an der Hand der bestehenden Tatsachen die väterliche Fürsorge unsrer Herren Steinmetzmeister und das Bedrohtsein des Lebens und der Gesundheit der Steinarbeiter etwas näher zu betrachten.

Um aber wirklich diese Herren Unternehmer — wir haben hauptsächlich die vom Steinmetzmeisterverband mit im Auge — richtig zu charakterisieren, sei verständnishalber der § 2 des Statuts, dessen Durchführung, wie wir das später beweisen werden, dieser Verband sich besonders angelegen sein läßt, wiedergegeben. Der § 2 lautet: Anordnung von Maßregeln, die in gesundheitlicher Beziehung aller Arbeitnehmer zu ergreifen sind.

Nun, die Initiative haben wir zu solchen Forderungen ergriffen. Wie es aber mit der Durchführung derselben augenblicklich steht, haben vor kurzem die Unternehmer des Ruhrgebiets, wo Tausende von Kollegen in Frage kommen, geradezu genial bewiesen. Ein Bericht, den wir einer liberalen dortigen Zeitung entnehmen, besagt über die Versammlung vom 1. März d. J. folgendes:

> Witten. Die Steinbruchsbesitzer des Ruhrtals hielten hier eine Versammlung ab, um gegen den Bundesratsbeschluß, der den in Steinbrüchen beschäftigten Arbeitern eine höchstens 9stündige tägliche Arbeitszeit gestattet, Stellung zu nehmen. In der Sitzung wurde darauf hingewiesen, daß es den Steinbruchbesitzern nicht möglich sei, ihren Arbeitern den gleichen Tagesverdienst zu zahlen, wenn die Leute nur 9 Stunden statt wie bisher 11 und mehr Stunden arbeiten. Der Bundesratsbeschluß würde also in erster Linie die Arbeiter schädigen, es entsteht ihnen, wenn man bisher eine elfstündige Arbeitszeit annimmt, ein jährlicher Verdienstausfall von je etwa 200 Mk. (!) und die Folge davon wird sein, daß die zahlreichen Tiroler und Italiener, die alljährlich als Steinbrecher ins Ruhrtal kommen, und die in den Brüchen unentbehrlich sind, ausbleiben werden. Sie werden dann andre Arbeitsstellen in Amerika 2c. suchen. Die Versammlung der Steinbruchbesitzer beschloß, auf keinen Fall den Arbeitern höhere Löhne zu zahlen, man nimmt an, daß die Arbeiterorganisationen sich dann auch mit einer Petition wegen Aenderung der Bestimmung an den Bundesrat wenden werden. Weiter kamen die Versammelten überein, keine Arbeiter, die wegen der aus dem Bundesratsbeschluß etwa entstehenden Lohndifferenzen die Arbeit niederlegten, dürfen von einem anderen der vereinigten Unternehmer wieder eingestellt werden. Man will in nächster Zeit wiederum eine Versammlung einberufen, um weitere prinzipielle Beschlüsse zu fassen.

Dieser knapp gefaßte Bericht zeigt das profitgierige, schamlose Treiben der Steinindustriellen im grellsten Lichte. Was wir schon öfter ausdrückten, nämlich daß den patriotischen Arbeitgebern die — ausländischen Arbeiter als unentbehrlich erscheinen, wird unverholen ausgesprochen.

Unentbehrlich ist der Ausländer, weil er willig ist, weil er keine geregelte Arbeitszeit in seiner Heimat kennt, weil er mit dem zufrieden sein muß, was ihm geboten wird; entbehrlich dagegen der einheimische Arbeiter, weil er nach und nach dazu gekommen ist, gegen die kapitalistischen Gelüste Front zu machen. Die Unternehmer des Ruhrtales wissen ganz genau, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein Steigen des Lohnes mit sich bringt, sie wissen auch, daß auf dem Schlachtfelde unseres schädlichen Berufes alljährlich Hunderte elendiglich zu Grunde gehen, aber der Geldsack, der Mammon geht über alles. Auf keinen Fall sollen höhere Löhne gezahlt werden, deshalb will man, daß die Arbeiterorganisationen (!) selbst eine Petition einreichen um die Aufhebung der neunstündigen Arbeitszeit.

Wer sind denn eigentlich diese Arbeiterorganisationen, die man vorzuschieben pflegt? Natürlich keine anderen als solche, wie im Ruhrgebiet mehrere vorhanden sind, wo — Arbeitnehmer und Arbeitgeber einträchtig in einer Organisation vereinigt sind. Selbstredend gehören die letzteren auch teilweise noch dem Steinmetzmeisterverband an, sind also in der überaus glücklichen Lage, doppelt ihre Interessen zu wahren. Daß es sicherlich nicht schwer fallen wird, die Beschäftigten aufzufordern, eine dementsprechende Petition zu unterzeichnen, haben zur Genüge die Vorfälle beim Sammeln der Unterschriften für den Pflastersteinzoll bewiesen.

Man geht noch weiter, man legt der Bestie (dem Arbeiter) erst den Zaum an, indem man beschließt, wer wegen entstandenen Lohndifferenzen die Arbeit niederlegt, wird von keinem der vereinigten Unternehmer eingestellt. Was das bedeutet, ist klar.

Dieses ist eine vollständige Kaltstellung derjenigen, die zwischen der Verkürzung der Arbeitszeit und dem zukünftig zu zahlenden Lohn einen ökonomischen Ausgleich schaffen wollen. Nach Ansicht der Arbeitgeber müssen solche unbotmäßige Elemente im Zaume gehalten werden und das geschieht am besten, indem solche drakonische, mit dem heutigen Zeitgeist im Widerspruch stehende Bestimmungen getroffen werden.

Einerseits gibt man den Arbeitern ein Zuckerbrot in der Gestalt der Sozialreform, anderseits lassen uns die Anhänger des Kapitals die Hungerpeitsche fühlen.

Nun wenden wir uns zu einem andern, außerordentlich warmen Befürworter der Bundesratsverordnung, zu dem schon in Nr. 11 des Steinarbeiters signalisierten freisinnigen (???) Reichstagsabgeordneten Eckart aus Ansbach in Bayern. Auch bei diesem traf das Sprichwort zu: Wenn das Herz voll ist, geht der Mund über, und so sind seinem sonst so stummen Munde (im Reichstag) wirklich herrliche, ja goldene Worte entflossen, Worte, die sich jeder Steinarbeiter tief ins Herz eingraben sollte. die sich jeder Steinarbeiter tief ins Herz eingraben sollte. Herr Eckart ließ uns am 13. Februar d. J. über seine sozialpolitische Anschauung nicht im Zweifel, indem er im Reichstage unter anderem folgendes ausführte: „Meine Herren! Ich habe mir immer eine gewisse Reserve in diesem hohen Hause auferlegt und ich werde auch heute diese Reserve bewahren und mich kurz fassen. Ich habe lediglich einige Wünsche über die Härten (?) der sozialen Gesetzgebung vorzutragen und schließlich den Herrn Staatssekretär zu bitten, daß dieselben möglichst rasch beseitigt werden.“

Nachdem Redner gegen einzelne Bestimmungen der Unfallversicherung polemisiert hatte, fährt er fort und sagt: „Meine Herren! Die im Vorjahre vom Bundesrat erlassenen und am 1. Oktober 1902 in Kraft getretenen Verordnungen für die Steinbruch- und Steinmetzbetriebe sind für die mittleren Betriebe vollständig vernichtend.

Jeder Sachverständige, der diese Verordnung liest, wird anerkennen müssen, daß dieselbe im Interesse der Erhaltung der mittleren Betriebe nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Bestimmungen sind zu allgemein gehalten und können auf einzelne Betriebe gar nicht angewendet werden, weil die Voraussetzungen gar nicht zutreffen.

Die Arbeiter selbst sind über diese Verordnung unzufrieden. Es erscheint auch hier wieder die berechtigte Frage (?), daß bei solchen schwer in das Unternehmer- und Arbeitertum einschneidenden Verordnungen die Mitwirkung der Unternehmer und Arbeiter der mittleren Betriebe versagt bleibt. Diese sollten doch erst gehört werden. Meine Herren! Nach dieser Verordnung ist es überhaupt unmöglich, daß man noch Steinhauerlehrlinge aufnehmen kann. Wenn dem Mittelstande geholfen werden soll, dann dürfen so schwere Auflagen seitens des Bundesrats nicht erfolgen.“

In diesem Tone zeigte ein Fachmann, wie er über die Bundesratsverordnung denkt. Noch ist sie nicht im geringsten durchgeführt, so sucht man im Parlament schon wieder sie illusorisch zu machen mit der laxen Begründung, der Mittelstand geht zu Grunde. Aber mußte bisher nicht konstatiert werden, daß gerade in den sogen. kleineren Betrieben eine Ausbeutung der Lehrlinge und Gesellen herrscht, die aller Beschreibung spottet, und wo wir selbstredend nicht das Interesse daran haben, daß solche Zustände bestehen bleiben?

Der Schreiber dieser Zeilen hatte vor Jahresfrist, als Tourist auf der Landstraße, die Gelegenheit, die Betriebe des Herrn Eckart in Augenschein zu nehmen und dabei allerdings gefunden, daß bei Genanntem in erster Linie diese Verordnung geradezu notwendig ist. Wir werden später einmal Gelegenheit nehmen, diese Uebelstände zu beleuchten.

Herr Eckart irrt, wenn er denkt, die Arbeiter selbst

sind über diese Verordnung unzufrieden; gerade im Gegenteil, die aufgeklärten, organisierten Arbeiter haben einen jahrelangen Kampf um diese Errungenschaft geführt und die Granit- und Marmorarbeiter werden alles aufbieten, damit auch sie Anteil an dieser Errungenschaft nehmen können.

Allerdings scheint Herr Eckart für die Lehrlingszüchterei ein außerordentliches Interesse zu besitzen, ja sogar im Steinmetzmeisterverband ist es noch häufig gebräuchlich, daß man die Lehrlinge beinahe noch mehr ins kapitalistische Joch spannt als die Gesellen. Daß ferner von 100 Steinarbeitern 82 an der Lungenschwindsucht sterben, ist wahrscheinlich dem Steinmetzmeister Eckart völlig unbekannt. Die sächsische Invalidenversicherung hat festgestellt, daß von 100 invaliden Steinbrechern 37 und von 100 invaliden Steinmetzen 66 lungenschwindsüchtig sind. Bei den Webern beträgt diese Zahl 13, bei den Holzarbeitern 31, bei den Maschinenarbeitern 37. Nun vergleiche man die Ziffern mit denen bei den Steinmetzen, welch großer Unterschied tritt da sofort hervor. Wenn die Steinbrecher keine so hohen Zahlen aufweisen, dann haben dieselben wieder mehr an der Unfallhäufigkeit zu leiden. Leider sind wir nicht in der Lage, dieselbe getrennt zwischen Steinmetzen und Steinbrechern feststellen zu können. Bei 1000 Vollarbeitern im Steinarbeiterberufe betrug die Unfallhäufigkeit 1898 = 11,4 Proz., 1897 = 11,9 Proz. Diese schon eminent hohen Ziffern werden nur von etlichen Berufsgenossenschaften überholt. Herr Eckart aber, der die sozialen Härten beseitigt wissen will, kann sich als Vorstandsmitglied der bayrischen Baugewerksberufsgenossenschaft rühmen, daß dieselbe noch krassere Zahlen aufzuweisen hat, nämlich 1898 verunglückten pro 1000 = 17,3 Proz., 1897 = 17,2 Proz. Dieser Herr kann also mit der ihm unterstehenden Berufsgenossenschaft renommieren, daß dieselbe die größte Unfallziffer aufzuweisen hat. Nach dieser Feststellung wird man ja leicht ersehen können, welche sozialpolitische Anschauung Herr Eckart als Fachmann, als Vorstandsmitglied einer Berufsgenossenschaft und, nicht zu vergessen, als Parlamentarier, als Mitglied der freisinnigen Volkspartei, über die erlassene Bundesratsverordnung besitzt. Es kommt aber ferner noch hinzu, daß Herr Eckart mit seinen Ausführungen die Unternehmer völlig enthusiasmierte und daß wir mit Bestimmtheit darauf rechnen müssen, daß dieselben alles aufbieten, um eine Aenderung dieser Verordnung heraufzubeschwören.

Kollegen, dieses müssen wir zu verhindern suchen, wir werden uns ganz entschieden dagegen wehren und keinen Augenblick zögern, eine solche Interessenpolitik, denn nur Interessenpolitik ist es, energisch zu bekämpfen. Man nimmt seitens unsrer Gegner keine Rücksicht darauf, ob der Steinarbeiter mit 25 oder 30 Jahren ins Grab sinkt, man hat kein Interesse, die Lebenshaltung der Steinarbeiter besser zu gestalten, sondern das ganze Interesse liegt nur darin: leidet der Unternehmerprofit, dann muß unter der falschen Maske vom Zugrundegehen des Mittelstandes eine solche Verordnung — schnellstens verschwinden.

Wie man um eine geregelte Arbeitszeit herumgeht, zeigt eine Aeußerung des Herrn Lutzny in Wurzen, der sagte, die Steinmetzen sollen sich an den Bauern ein Beispiel nehmen, die von früh 4 Uhr bis 9 Uhr Abends arbeiten. Allerdings wäre eine Bundesratsverordnung überflüssig nach der Anschauung solcher Herren.

Wie im weiteren aber man die Bundesratsverordnung schnellstens durchführt, um nur ja mit den Behörden nicht in Konflikt zu kommen, zeigt folgender Vorfall: Die Kollegen am Ulmer Münsterbau arbeiteten bisher 8 Stunden, als die Bundesratsverordnung in Kraft trat, wurde flugs die 9stündige Arbeitszeit eingeführt mit der diplomatischen Bemerkung, die Verordnung schreibe es so vor.

Es ist ja ganz ergötzlich, wie es die Unternehmer verstehen, den schon zitierten § 2 des Meisterverbandes durchzuführen.

Geradezu phänomenal erscheint uns nun auf einmal die Haltung einiger Berliner Firmen in dieser Frage. Im Jahre 1899 ersuchte der Gewerbeinspektor von Berlin III den Obermeister der dortigen Steinmetzinnung um die Beantwortung verschiedener Fragen, die zur Vorbereitung der Bundesratsverordnung dienen sollten. Was tat der biedere Obermeister? Er sandte die Fragebogen an die zur Innung gehörigen Mitglieder, gab aber auch gleich die Antwort mit, wie dieselben ausgefüllt werden sollten, u. a. schrieb er: Früher wurde das Durchschnittsalter auf 33 Jahre angegeben, jetzt hätte sich die Sache geändert, das Alter sei höher geworden, es gäbe Steinmetzen, die seien sogar 60 Jahre alt. Also der kurzen Rede Sinn ist der, damals konnten die Berliner Innungsbrüder keine schlimmen Zustände entdecken, als aber vorkurzem die Berliner Kollegen verlangten, es solle ein Teil der Rathausbauten dort fertiggestellt werden, erklärten diese Innungsmeister, man muß den Hauptstädten die Fertigstellung der Arbeit entziehen (siehe Nr. 10 des Steinarbeiter, Berliner Petition) und dieselben der frischen Luft halber nach den Brüchen konzentrieren. Dieser Kontrast der Anschauung von 1899 und heute ist geradezu unbegreiflich und solche hämische Bemerkungen zeigen, wie man die Steinarbeiter schützen will. Dafür sind aber auch die strammen Berliner Innungsmeister beinahed urchweg Angehörige des Steinmetzmeister-Verbandes, wo der § 2 in vollster Blüte ist. Diese Innungszünftler können getrost mit Goethes Faust sagen:

Du mußt verstehen
Aus eins mach zehn
— — — — — — — — — —
Und neun ist eins
Und zehn ist keins
Das ist das Hexeneinmaleins.

Diese Herren kürzten innerhalb zweier Jahre ihren Arbeitern ganz erheblich die Löhne und mit Recht schreibt das Organ der Bildhauer in Nr. 12 folgendes: „So sorgen die Herren Hof- und Innungssteinmetzmeister dafür, daß durch fortgesetztes Herabdrücken der Lebenshaltung ihrer Arbeiter die eventuell günstigen Wirkungen der Bundesratsverordnung zum Schutze der Steinarbeiter wieder aufgehoben werden. Da eine Verschlechterung der Lebenshaltung in diesem Falle gleichbedeutend ist mit einer Verkürzung der Lebensdauer, besagt das Vorgehen der Geschäfte nichts anderes, als langsames Dahinsiechen der Gehilfen."

Wer die Versammlungsberichte im Steinarbeiter verfolgt, muß ersehen, daß überall geklagt wird, die Bundesratsverordnung wird nicht durchgeführt, ja einige Meister in Göttingen erklärten, sie wüßten nichts von dieser Verordnung.

Am Ständehaus in Dresden, einem Staatsneubau, war die Frühstücksbude zu klein, als Remedur geschaffen werden sollte, wurden von 30 Mann 15 entlassen, mit dem Hinweis, den der Polier der Firma Golditz gab: Eurem Vertrauensmann ist dieselbe zu klein. Die vorhandene Frühstücksbude, in der sich kaum 15 Mann placieren können, dient zugleich auch noch als Rumpelkammer.

Am 5. März 1903 hielt in Dresden der Gewerbeinspektor Herr Hübner (nicht zu verwechseln mit dem sattsam bekannten ehemaligen Obermeister Hübner) eine Kontrolle ab und stattete zu diesem Zweck dem ebenfalls bei den Steinmetzen nicht gut angeschriebenen Werkplatz Heymann einen Besuch ab. Die Arbeitsbude selbst entsprach den Bestimmungen nicht im geringsten, es wurde zu nahe gebänkt, und über die Frühstücksbude äußerte sich derselbe, daß diese eher einem — Schweinestall ähnlich sähe, als einer Frühstücksbude.

Geradezu in Dresden herrschen auf diesem Gebiete haarsträubende Zustände, und der von dort entsandte Kollege als Delegierter zu dem morgen beginnenden Bauarbeiterschutzkongreß wird eine erhebliche Anklage gegen die dortigen Unternehmer vorzubringen haben.

Damit uns aber der Vorwurf der Nichtobjektivität nicht im geringsten gemacht werden kann, soll nicht verschwiegen werden, daß die Dresdner Steinmetzinnung sich an den Rat der Stadt Dresden mit einer Eingabe wandte, die darauf Bezug nahm, daß auch die Bau- oder Subunternehmer, die auf Bauten ihre Arbeiten direkt herstellen lassen, zur Durchführung der Bundesratsvorschriften angehalten werden. Wir begrüßen einen solchen Schritt der Unternehmer mit Freuden und hoffen, daß dieser Schritt von Erfolg begleitet sein wird.

Nun, Kollegen, durch die Aneinanderreihung konkreter Tatsachen haben wir gezeigt, wie die Unternehmer über den gesetzlichen Arbeiterschutz denken. Gerade die Steinindustriellen möchten sich das Epigramm vom Grafen Posadowsky, das an der Spitze des Artikels steht, etwas mehr besehen, dann könnten gegen die armen, größtenteils siechen und schlecht entlohnten Steinarbeiter keine solchen Schachzüge unternommen werden.

Fabrikinspektion und Gewerkschaften.

Mitten im ärgsten Getöse der neuesten Hetze gegen die Arbeiterbewegung hielt Herr Gewerbeinspektor Hardegg in Stuttgart auf Veranlassung der Vereinigten Gewerkschaften einen Vortrag über die Gewerbeinspektion. Es gehörte zweifellos ein erhebliches Maß von Mut dazu, als königlicher Beamter zu den so verketzerten Arbeitern in das „sozialdemokratische" Gewerkschaftshaus zu gehen und vor denselben zu sprechen, anstatt — das „Tischtuch zwischen ihnen zu zerschneiden". Ebenso verdient auch der Inhalt des Vortrags Anerkennung, wie Herr Hardegg übrigens durch seine Berichte in den letzten Jahren schon bewiesen hat, daß er für die sozialen Aufgaben seines Amts wirkliches Verständnis besitzt. Einige Stellen seines jetzigen Vortrags scheinen besonders wert zu sein, einer Besprechung in den Kreisen der Gewerkschaften unterzogen zu werden, insoweit nämlich der Redner selber seine Ausführungen direkt an die Adresse der Gewerkschaften richtete. Herr Hardegg sondert die Aufgaben der Fabrikinspektoren in drei Gebiete, nämlich in 1. den geistig-sittlichen Arbeiterschutz; 2. Schutz von Leben und Gesundheit der Arbeiter; 3. den wirtschaftlichen Arbeiterschutz. Diese Tätigkeitsgebiete seien jedoch miteinander in Wechselwirkung und in ihrer Gesamtheit bestimmt und geeignet, die Lage der Arbeiter zu heben. Aber der Fabrikinspektor stoße leider bei den Arbeitern selbst noch auf manchen Widerstand, nicht bei den im Großbetriebe der Stadt geschulten und disziplinierten Arbeitern, sondern vor allem bei den Tausenden, welche dem Landgebiet entstammen. Die Arbeiter wollen in der Regel selber von dem althergebrachten Schlendrian nicht lassen und erkennen die Notwendigkeit und den Nutzen der Fabrikinspektion vielfach nicht an. Diese Widerstände aus den eignen Reihen zu überwinden, müßten die Arbeiter mithelfen.

Den geistig-sittlichen Arbeiterschutz betreffend, führte Redner aus, es sei ein schöner Zug aller Gewerkschaften, daß sie sich von allem Anfang an die sittliche Hebung der Arbeiter zur Aufgabe gemacht. Dadurch werde der ganzen deutschen Industrie der allergrößte Dienst erwiesen, da unsre Industrie nur mit einer sittlich und moralisch hochstehenden Arbeiterschaft im stande sein werde, ihren Platz zu behaupten.

Ebenso liege auch der Schutz der Arbeiter gegen Unfälle und gesundheitliche Schädigungen im Unternehmerinteresse. Schon beim Bau und der Einrichtung einer neuen Fabrikanlage übe der Fabrikinspektor seinen Einfluß zu Gunsten des Arbeiterschutzes aus und es sei auch zu konstatieren, daß die Fabrikanten in diesem Punkte immer mehr Einsicht und Entgegenkommen bekunden, weil sie die Wahrheit des Satzes erkannt haben, daß der bessere Arbeiter auch stets der besseren Werkstätte nachzieht. Sehr im argen liege das Gebiet der Schutzvorrichtungen gegen Unfälle an den Maschinen. Hier werde von den Unternehmern viel gesündigt. Es sei die bestimmte Forderung aufzustellen, daß an jeden verantwortungsvollen Posten, an jede mit Gefahr verbundene Arbeit auch der dazu befähigte Arbeiter gestellt werde. Sonst nützten alle Unfallverhütungsvorschriften und Schutzvorrichtungen nichts. Aber auch die Arbeiter könnten wesentlich zur Unfallverhütung beitragen, wenn sie sich in den Werkstätten gegenseitig helfen würden, und wenn die Gewerkschaften in ihren Versammlungen sich mit den einschlägigen Fragen beschäftigen würden, z. B. über die Gefahren einzelner Arbeitsprozesse Vorträge halten ließen. Aehnlich mit den Schutzvorrichtungen, welche heute zumeist deswegen von den Arbeitern nicht benutzt werden, weil sie unpraktisch sind. Nicht der Theoretiker, sondern nur derjenige, der die Maschine täglich in ihrem Lauf beobachtet, also der Arbeiter, welcher die Maschine bedient, könne wirklich brauchbare Schutzvorrichtungen erfinden. Zwar lasse die kapitalistische Produktionsweise dem Arbeiter wenig Zeit, seinen erfinderischen Geist zu betätigen, trotzdem aber könne auf diesem Gebiete etwas getan werden.

Gelegentlich des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses habe Redner die von den Gewerkschaften veranstaltete Ausstellung ihrer Verwaltungsmaterialien besucht und bewundert. Würden die Gewerkschaften im eigenen Interesse der Arbeiter sich der Unfallverhütung annehmen, es würde ihnen ein Leichtes sein, bald eine ebenso stattliche Ausstellung von Arbeitern selbst erfundener Schutzvorrichtungen zu veranstalten. Lobend anerkannte der Vortragende auch die Tätigkeit der von den Arbeitern zur Uebermittlung von Beschwerden aufgestellten Vertrauenspersonen. Weil der einzelne Arbeiter nicht frei und unabhängig ist, wurde das Vertrauensmännersystem zur Notwendigkeit. Denn die Unfreiheit führt zur Unwahrheit und schließlich zur böswilligen Denunziation! So lange die Vertrauenspersonen ihre Funktion verrichten, sei die Zahl falscher Denunziationen und unbegründeter Beschwerden wesentlich geringer geworden.

Endlich seien noch die Ausführungen Hardeggs über die Stellung des Fabrikinspektors zu den Arbeitgebern hervorgehoben. Mancher glaube, die Fabrikinspektion sei lediglich der Arbeiter wegen da. Diese Annahme sei falsch. Der Fabrikinspektor könne sich nicht einseitig auf den Standpunkt des Arbeiters stellen, und der Arbeiter dürfe ihm auch keinen Vorwurf daraus machen wollen, wenn er in guten Beziehungen zum Arbeitgeber stehe. Denn gute Beziehungen des Aufsichtsbeamten zum Arbeitgeber seien eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fabrikinspektion. Der Fabrikinspektor habe die Pflicht, nicht Partei zu ergreifen, sondern die Wünsche und Interessen der Parteien zu begreifen und das Ergebnis im Dienste seines Amts zu verwerten.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Horka bei Kamenz (Sachsen). Die Pflastersteinarbeiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß Zuzug nach hier fernzuhalten ist.

Meißen a. d. Elbe. Der Streik bei Köhler dauert unverändert fort.

Berlin. Die Tarifverhandlungen sind gescheitert und wird jetzt im wilden Akkord gearbeitet.

Straßburg i. Elsaß. Hier ist eine Lohnbewegung; Zuzug von Kollegen ist strengstens zu vermeiden.

Internationales.

Budapest. Hier sind am 23. März **400** Mann in den Ausstand getreten. Vor Zuzug wird gewarnt. Briefe und Geldsendungen sind an den Kollegen Stephan Steidl, II. Dalnocker 12a zu senden.

Internationales Agitationskomitee.
A. Staudinger.

Zur Beachtung.

Die Verbreiter des Steinarbeiters sowie die Postabonnenten werden beim Quartalswechsel auf die Erneuerung des Abonnements hingewiesen. Die Einzelabonnenten haben ebenfalls bei der Post zu bestellen.

Bei dem Versand dieser Nummer sind den meisten Sendungen Agitationsexemplare beigelegt. Für eine dementsprechende Verteilung mögen die Steinarbeiter-Verbreiter Sorge tragen.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungs-Berichte sogenannte Oktavbogen (ca. 15 × 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Dortmund. Am 1. März fand hier eine Mitgliederversammlung statt, welche schlecht besucht war. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: Wie verhalten wir uns gegenüber der Uebervorteilung durch die Unternehmer und welche Maßregeln sind dagegen zu ergreifen? Hiezu referierte Kollege Offermann, und weil der Werkplatz Ochs am meisten in Betracht kam, wurde dieser mal wieder unter die Lupe genommen. Offermann legte den Kollegen klar, daß Ochs sich mit dem Verpflichtungsschein gegen § 122 der Gewerbeordnung vergeht, legte den Anteil der Arbeiter am Maschinenbetrieb klar und wie die Arbeiter unterdrückt werden, führte uns als Beweis den Streik in Düsseldorf vor Augen, und welche Vorteile den Steinarbeitern durch die neunstündige Arbeitszeit erwachsen sind, rügte jedoch, daß die Kollegen aus Lauheit oder Furcht oder Unkenntnis den Mißständen, welche durch die Bundesratsverordnung beseitigt werden sollten, gleichgültig gegenüber stehen, statt die Behörde oder den Gewerberat darauf aufmerksam zu machen, oder beim Unternehmer selbst zu protestieren; er appelliert an den Charakter der Kollegen, sich jetzt wenigstens nicht alles bieten zu lassen und alle, Mann für Mann, sich der Organisation anzuschließen, denn daß Ochs einen Arbeiter, ob tüchtig oder nicht, beschäftigt, wenn dieselben bloß zufrieden sind und nicht Ansprüche erheben, jedoch Arbeiter, die ein freies Wort haben und ihre Arbeit bezahlt haben wollen und sich nicht erniedrigen lassen wollen, einfach entläßt. Ferner rügte er noch das Sparkassensystem der Dienstherrin und ermahnte nochmals die Kollegen, sich zu organisieren. Nachdem sprach Kollege Huster sein Bedauern aus über die Lauheit vieler Kollegen. Er ermahnte alle zum Abonnement des Steinarbeiter sowie der Arbeiterzeitung, denn durch diese gäbe es Aufklärung. Kollege Tillmann rügte nochmals stark die Mißstände auf dem Platz Ochs und das Verhalten der Firma gegenüber ihren Arbeitern. Nachdem wurde folgender Protest einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Worten des Referenten einverstanden und protestiert energisch gegen die Verpflichtungsscheine der Firma Ochs, welche zugleich gegen § 122 der Gewerbeordnung verstoßen, und ersucht den überwachenden Beamten

sowie die zuständige Polizeibehörde, Remedur zu schaffen. Der Vorstand wird von der Versammlung beauftragt, bezüglich des Vorgehens der genannten Firma das nötige zu veranlassen. Zu Punkt 2 wurden verschiedene örtliche Angelegenheiten erledigt. Dann wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf das Gedeihen der Organisation vom Vorsitzenden geschlossen.

Düsseldorf. Am 15. März fand eine mäßig besuchte Versammlung statt. Da ein Revisor abgereist ist, wurde an dessen Stelle Kollege Karl Schloer gewählt. In der Versammlung am 21. Februar wurde Peter Fritz zum Gauleiter gewählt. Die übrigen zum Gauvorstand gehörigen Kollegen werden in einer späteren Versammlung gewählt. Als Schriftführer wurde Karl Schloer und Heinrich Bach zum Gaukassierer gewählt. Dann wurde die Antwort verlesen betreffs unsrer Petition an den Stadtrat, die städtischen Steinmetzarbeiten an Ort und Stelle anfertigen zu lassen. Es wurde uns der Bescheid, daß bei später vorkommenden Arbeiten unser Gesuch, wenn angängig, berücksichtigt würde. Dann wurde beschlossen, einen Bericht in die hiesige Volkszeitung zu senden, worin die Mißstände am Neubau der Synagoge geschildert würden. Ferner wurden die Kollegen ermahnt, dafür zu sorgen, daß die Bundesratsverordnung überall befolgt wird und etwaige Unterlassungen dem Vorstand mitzuteilen sind. Es wurde noch erwähnt, wie schwer den Unternehmern die Bundesratsverordnung im Magen liegt und dieselbe zu umgehen versuchen. Wir werden aber die Augen offen halten. Es ist sehr bedauerlich, daß die meisten Marmorarbeiter seit dem vorigen Streik sich in den Versammlungen nicht mehr sehen lassen. Es scheint, daß denen das Herz in die Schuhe gefallen ist. Anstatt aus einer Niederlage die Lehre zu ziehen, wie notwendig es ist, sich noch fester aneinander zu schließen, um bei einem späteren Kampfe als Sieger hervorzugehen, verlieren sie allen Mut und laufen rat- und tatlos umher. Kollegen! Soll das noch so weiter gehen? Ihr habt es doch seit dem Streik durch die Abzüge zur Genüge erfahren, wie gut die Arbeitgeber es verstehen, Euren Wankelmut auszunutzen. Darum rufen Euch die Kollegen, welche noch treu zur Fahne halten, zu: Werft doch Eure sträfliche Lauheit ab und kommt hinein in unsern Verband, in den Ihr gehört und wo Eure Lücken noch offen stehen, damit wir zur gelegenen Zeit solcher Ausbeutung Einhalt tun.

Eisenach. Am 7. März fand im Restaurant Urania eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Die Abrechnung vom Vergnügen stellte ein gutes Resultat dar, indem wir unsrer Lokalkasse 29.42 Mk. an Ueberschuß übergeben konnten. Im Verschiedenen wurde in Anbetracht der jetzigen Reiseunterstützung einstimmig beschlossen, der Geschäftsleitung anheim zu stellen, die Tagegelder so einzuteilen, wie es in den meisten Gewerkschaftsverbänden ist, und zwar kilometerweise, weil sich das System besser bewährt, als wie es bei unserm Verband eingeführt ist. Ferner wurde gerügt, daß der Steinarbeiter vor Schluß des Quartals bezahlt wird von jetzt ab. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende sämtliche Kollegen, unsern Vereinswirt besser zu unterstützen wie bisher. Darauf wurde beschlossen, am 15. März einen Familienabend daselbst abzuhalten. Nachdem einige örtliche Verhältnisse geregelt waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Eine öffentliche Steinarbeiterversammlung tagte am 19. dieses Monats im Römischen Hof. Zunächst erstattete die Tarifkommission Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Bis jetzt ist aber noch kein befriedigendes Resultat zu verzeichnen. Die Meister kommen mit einer Reduzierung unsers Tarifs bis zu 20 Prozent; sie behaupten, die jetzigen Löhne seien zu hoch und ein Konkurrieren mit auswärtigen Firmen ausgeschlossen. Die Versammlung wandte sich entschieden gegen eine Reduzierung und nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung spricht der Tarifkommission ihr Vertrauen aus und erwartet, daß die Kommission bei allen weiteren Verhandlungen die Interessen der Kollegen wahren werde." Unter Gewerkschaftlichem kam der Ausschluß der Kollegen Ritter und Otto aus dem Verband zur Sprache. Diese waren bereits aus dem Verband ausgetreten. Ferner brachte der Vorsitzende die Bestimmungen über die Krankenunterstützung zur Kenntnis. Danach ist jeder Kollege unterstützungsberechtigt, der seinen Verpflichtungen nachgekommen ist und 52 Beitragsmarken am Orte geklebt hat. Weiter macht der Vorsitzende noch auf Ausfüllung der Arbeitslosenzählkarten aufmerksam.

Meißen (Elbe). Am 18. März fand in der Goldenen Weintraube eine Versammlung der streikenden Steinarbeiter statt, zu welcher der Zentralvorstand aus Leipzig, sowie der Gauleiter Fetisch aus Dresden erschienen waren. Punkt 1 der Tagesordnung lautete: Der gegenwärtige Ausstand bei der Firma Köhler. Nach Eröffnung der Versammlung nahm der zweite Vorsitzende das Wort und gab einen kurzen Bericht über den ganzen Verlauf des Streiks; er betonte, daß alles bis jetzt in musterhafter Ordnung sich zugetragen hat. Dann nahm der Zentralvorstand Paul Starke das Wort. In erster Linie erinnerte er die Kollegen daran, daß der 18. März der Gedenktag an Karl Marx sei und führte dann aus, daß der Zentralvorstand, der Gauleiter und der Ortsvorsitzende bei Herrn Köhler vorstellig geworden seien, um vielleicht eine Einigung zwischen beiden Parteien zu erzielen. Aber nach fast zweistündiger Debatte konnte eine solche nicht erzielt werden. Nach der Versammlung wurden wir wieder vorstellig. Herr Köhler teilte der Kommission mit, daß er bereits mit Verlust arbeiten muß, denn er hätte seine Familie von der Schiffahrt ernährt. Von den Steinarbeiten hätte er es nicht gekonnt, (?) denn es wären ihm bloß ganze neunundsiebzig Mark Reingewinn übrig geblieben. Herr Köhler machte die Bemerkung: „Wir (die Steinarbeiter) hätten doch gestreikt und wenn er alles genehmigt hätte." Die Steinarbeiter müssen dies aber energisch zurückweisen. Im Verschiedenen wurden zwei Anträge gestellt: 1. Der Zentralvorstand möchte den Zentralausschuß ersuchen, den streikenden Steinarbeitern den Bußtag, der uns abgezogen wurde, wieder zurückzuerstatten. 2. Es möchte der Zentralausschuß der örtlichen Kasse die 6 Mark Reiseunterstützung für die abgereisten Kollegen pro Mann zurückgewähren. — Zu bemerken ist noch, daß der Steinschleifer Wunderlich aus Selb (Oberfranken) sich von den Streikenden lassagte und — weiterarbeitet. Derselbe wurde am 6. März wegen seiner unkollegialen Handlungsweise vom Verband ausgeschlossen.

Nürnberg. Am Sonnabend, den 14. März, tagte in unserm neuen Lokal, Restauration Wartburg am Weinmarkt, unsre Monatsversammlung. Solange die Organisation in Nürnberg Boden gefaßt hat, kann sie auf keine solche zahlreich besuchte Versammlung zurückblicken. Als 1. Punkt wurde die Berichterstattung des Gewerkschaftsdelegierten sowie auch des Bauarbeiterschutzdelegierten entgegen genommen. Auf die Ausführungen des letzteren hin wurde Genosse Landtagsabgeordneter Merkel als Delegierter zum Bauarbeiterschutzkongreß gewählt, da er am besten unsre Verhältnisse dort vertreten kann. Kollege Geil legte die Obmannschaft der Agitationskommission nieder, da er Familienverhältnisse halber den Posten nicht mehr bekleiden kann. Es wurden die Kollegen Kerschl, Hasenstab und Geil gewählt. Im 2. Punkt hielt Genosse Hierlbek einen sehr lehrreichen Vortrag über Arbeitszeit, Lohn- und Wohnungsverhältnisse in Nürnberg, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Im 3. Punkt wurde betont, daß sämtliche Mitgliedsbücher eingezogen werden. Auch wurde der Steinbildhauer abonniert, der im Verkehrslokal aufliegen soll. Der 4. Punkt betreffs des Streiks bei der Firma Funk war der kritischste. Getadelt wurde das Verhalten der Geschäftsleitung. Es war doch in dem Telegramm bekannt gemacht, daß die Arbeit früh 9 Uhr niedergelegt wurde, aber trotzdem wird uns der vierte Tag nicht angerechnet. Mit großer Entrüstung wurde beschlossen, daß auch die Ledigen ihre Unterstützung erhalten sollen, da sie denselben Beitrag leisten müssen, und es wurde von mehreren Kollegen bekannt gegeben, daß sie keinen Pfennig für die Organisation mehr bezahlen, wenn die Streikenden nicht ihre Unterstützung bekommen. Geradezu lächerlich machten wir uns vor der christlichen Organisation, die die Unterstützung sofort bezahlte. Es wurde einstimmig angenommen, daß die Streikenden ihre volle Unterstützung erhalten müssen, da es lauter schon jahrelang organisierte Kollegen sind. Die Versammlung hofft, daß auch von der Geschäftsleitung die Kongreßbeschlüsse hochgehalten werden.

Riesa. Die am 14. März tagende außerordentliche Vereinsversammlung erfreute sich einer sehr regen Beteiligung. Grund war der von der Firma C. F. Förster gemachte Vorschlag einer nochmaligen und weiteren zehnprozentigen Lohnreduzierung. Wie die Kollegen wohl wissen, ist der Riesaer Tarif schon um 10 Prozent gekürzt. Da nun die Firma immer noch keine Arbeit bekam, so wurde der Vorschlag von der Firma gemacht, nochmals zurückzugehen, welcher aber durch das einstimmige und energische Verhalten der Kollegen sofort abgewiesen wurde. Nachdem sich noch verschiedene Kollegen von Riesa und Gröba dahin ausgesprochen hatten, daß nur einiges Verhalten gegen derartige Zumutungen zum Siege führen könne, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Straßburg i. E. Die gestrige außerordentliche Mitgliederversammlung erfreute sich eines Besuchs, wie ihn die Räume des Vereinslokals wohl noch nicht oft erfuhren, galt es ja, die schon seit Monaten in Schwebe befindliche Lohnbewegung ihrem Endziel entgegen zu führen. Mit Empörung mußte konstatiert werden, daß der bei hiesiger Meisterschaft beliebte Verschleppungsmodus an Rücksichtslosigkeit und schlauer Berechnung in den Annalen des gewerkschaftlichen Lebens wohl einzig in seiner Art dasteht. — Wohlan! Es möge der Würfel fallen. — Der Fehdehandschuh, welchen uns eine herzlose Meisterschaft durch ihre rücksichtslose Brutalität vor die Füße geworfen, möge selbst den indifferentesten Kollegen endlich belehren, daß der Kampf um unsre Existenz ein vergeblicher, solange wir aus kleinlichen Sonderinteressen dem gewerkschaftlichen Streben Herz und Hand verschließen und nicht Mann an Mann mit unsern Kollegen unser gutes Recht zu erkämpfen rückhaltslos bereit sind. — Wohl ein Trost ist uns geblieben, — unser Verein, welcher vor kaum 2 Monaten 60—70 Mitglieder zählte, präsentiert jetzt die stattliche Zahl von „200". — Mit einer noch größeren Zahl aber dürften unsre Meister nach Ablauf einer Woche zu rechnen haben. Möge die deutsche Arbeiterschaft, mögen unsre Kollegen unsre große Aufgabe in einer Weise würdigen, daß deren Resultate noch nach Jahrzehnten der Anerkennung unsrer Nachfolgerschaft sich erfreuen. — Opferwilligkeit einerseits und Ausdauer anderseits bedingt den Sieg in unsrer Sache. — Einen bemerkenswerten Beschluß faßte unsre gestrige Versammlung im weiteren. Kollege Armbruster bemängelt in scharfen Worten das willkürliche Korrespondieren einzelner Mitglieder mit der Zentrale unter Umgehung des Vorstands bezw. der Vertrauensmänner, und stellt den Antrag, es wolle ein derartiges Handeln als dem Interesse des Vereins zuwider, verboten und die Zentralleitung von der Beschlußfassung benachrichtigt werden. Der Antrag wurde fast einstimmig angenommen. — Auch die Protokollführung wurde durch Abstimmung dahin geregelt, daß im Interesse einer offenen Verwaltung es als zweckmäßig erscheine, die Namen der einzelnen Diskussionsredner unter gedrängter Angabe des bezüglichen Inhalts zu Protokoll zu bringen. — Beide Punkte scheinen uns angetan, den so beliebt gewordenen Quertreibereien endlich ein Ziel zu setzen.

Würzburg. Am 8. März tagte im Gasthaus zum Ochsen eine Steinarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Arbeitersekretärs Hauschild über Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände; 2. Die Bundesratsverordnung und ihre Durchführung. Gen. Hauschild führte den Anwesenden sehr trefflich den Unterschied der genannten Verbände vor und wies darauf hin, mit welchen Mitteln die Unternehmerverbände arbeiten, um die Arbeiter von ihrer Organisation fernzuhalten, um sie dann besser ausbeuten zu können. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Sodann erfolgte eine rege Debatte über die Bundesratsverordnung, dieselbe mußte aber, der vorgeschrittenen Zeit halber, abgebrochen werden und wurde beschlossen, deshalb eine öffentliche Versammlung am 15. März einzuberufen und die Kollegen durch Handzettel darauf aufmerksam zu machen.

Würzburg. In der öffentlichen Versammlung am 15. März, welche hauptsächlich von Unorganisierten gut besucht war, referierte Genosse Hauschild über die Bundesratsverordnung und ihre Durchführung. Er führte den Anwesenden sehr klar die Bundesratsbestimmungen vor Augen und wies hauptsächlich darauf hin, welchen Kampf es dem Deutschen Steinarbeiterverband gekostet hat, diese kleinen Forderungen zu erringen. Er forderte die Kollegen auf, ihr möglichstes zu tun, um hier die Bundesratsverordnung in Wirklichkeit umzusetzen. Zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Vortrags forderte er die Kollegen auf, sich dem Verband anzuschließen. Es erklärten 18 Mann ihren Beitritt. Kollege Sauer legte sodann folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde: „Die heutige gut besuchte Steinarbeiterversammlung schließt sich den Ausführungen des Referenten in jeder Beziehung an. Sämtliche Anwesende sind der Ansicht, daß in Würzburg der Bundesratsverordnung in keiner Weise Genüge geleistet wird. Die Kollegen versprechen deshalb, in Zukunft mehr wie bisher an der Steinarbeiterbewegung Anteil zu nehmen, um dem gesetzwidrigen Gebaren der Unternehmer entgegentreten zu können." Sodann wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die beim Herrn Gewerbeinspektor vorstellig werden soll, um demselben die Mißstände auf den Plätzen zu unterbreiten. Als besonders schlecht wurde Platz Wagner geschildert und demselben sowie seinem Polier Traub wäre Knigges Umgang mit Menschen sehr zu empfehlen. Statt Lohn bietet derselbe manchem seiner Arbeiter Ohrfeigen an. Es wurde ein Antrag gestellt, den Platz Wagner zu sperren, da aber eine Sperre hier doch schlecht aufrecht erhalten werden kann durch den großen Zuzug, wurde dieselbe nicht definitiv beschlossen. Jedoch wurden die Kollegen ersucht, den Platz zu meiden.

Soziales.

Der Tarifkampf der deutschen Buchdrucker. Die Gehilfenmitglieder im Tarifamt und im Tarifausschusse der deutschen Buchdrucker sowie die Gehilfenmitglieder der Kreisämter fordern diejenigen Gehilfen im ganzen Reiche, die in nicht tariftreuen Buchdruckereien arbeiten, auf, bis zum 21. März d. J. in höflicher aber bestimmter Form bei ihren Prinzipalen die Einführung des Tarifs zu beantragen. Wo diese Forderung abgelehnt wird, da soll sofort das Tarifamt der deutschen Buchdrucker in Kenntnis gesetzt werden, das die Vermittlung herbeizuführen sucht. Sind die betreffenden Kollegen bis zum 28. März ohne Bescheid, dann sollen sie ihre Forderung als abgelehnt erachten und der Situation entsprechend handeln. Die wegen Eintretens für den Tarif arbeitslos gewordenen Kollegen sollen von den zuständigen Arbeitsnachweisen in erster Linie anderweitig untergebracht werden.

Dieses energische Vorgehen wird sicher manchen Buchdruckereibesitzer, der sich bisher tariflichen Regelungen der Arbeitsverhältnisse entzog, zur Anerkennung des Tarifs zwingen und außerdem dem Verband eine Anzahl neuer Mitglieder zuführen.

Der Zimmererverband gibt für 1902 seine Abrechnung bekannt. Diese Organisation mit 521 Zahlstellen und 23898 zahlenden Mitgliedern hatte inklusive eines Kassenbestandes im Jahre 1901 von 302183.58 Mk. eine Gesamteinnahme von 587321.29 Mk., der eine Ausgabe von 341551.88 Mk. gegenübersteht.

Im weiteren heben wir folgende Ausgabeposten hervor: Für Streikunterstützung 209705.23, Maßregelungsunterstützung 3036.20, Kontrolle der Lohnbewegungen 3151.66, Agitation (inklusive Bauarbeiterschutz) 25442.70, Verbandsorgan 47336.38, Generalkommission 2748.12 Mk. Für Reiseunterstützung wurde die Summe von 9163.10 Mk. verausgabt. Hier möchten die Steinarbeiter Betrachtungen anstellen, daß wir wohl nicht leicht in der Lage sind, den Etat der Reiseunterstützung, wenn wir die Abrechnung von 1902 zu Grunde legen, zu erhöhen.

Aus Beiträgen vereinnahmten 1902:

die Zimmerer	222397.90 Mk.
die Steinarbeiter	72434.54 Mk.

Ausgabe für Reiseunterstützung 1902:

Zimmerer	9163.10 Mk.
Steinarbeiter	14957.75 Mk.

Die Abrechnung schließt mit folgender Bemerkung:

Wie aus unsrer Aufstellung ersichtlich ist, sind im Laufe des Jahres 1902 neu beigetreten 49 Zahlstellen mit zusammen 861 Mitglieder, während sich 35 Zahlstellen mit 466 Mitgliedern auflösten, außerdem traten ein und aus 12 Zahlstellen mit 138 Mitglieder. Wenn trotz dieser Vergünstigung der Mitgliederzahl nach oben die Gesamtziffer der durchschnittlichen Mitgliederzahl gegenüber die des Vorjahres 1901 ein Minus von 253 aufweist, (23898 gegen 24151) so gibt dieser Umstand zu erkennen, daß die Mitgliederzahl der bestehenden Zahlstellen seit 1901 um benannte Ziffer zurückging. Dies Resultat liegt jedoch wesentlich in unserm Zählmodus in Verursachung der verzögerten Beitragsleistung, indem wir diejenigen Mitglieder, die in dem betreffenden Quartal überhaupt keinen Beitrag entrichteten, nicht mitzählen, unbekümmert darum, daß dieselben im nächsten Quartale den rückständigen Beitrag nachzahlen. Die Berechnung der Mitgliederzahl aus den Gesamtbeiträgen des Jahres ergibt somit ein ganz andres Resultat und zwar hat sich danach die Mitgliederzahl von 24265 im Jahre 1901 auf 24483 im Jahre 1902, also um 218 erhöht.

Die Berechnung der Mitgliederzahl nach Maßgabe der entrichteten Beiträge ist zweifellos das Richtige und somit als durchschnittliche Mitgliederzahl für 1902 auch die Ziffer 24483 maßgebend, wie sich solche aus den Gesamtbeiträgen ergibt.

Im allgemeinen läßt sich das Resultat der Mitgliederbewegung des verflossenen Jahres dahin präzisieren, daß der Verband seit 1901 wohl keinen Rückgang zu verzeichnen hat, aber auch keinen wesentlichen Fortschritt. Diese Tatsache muß aber schon vollauf genügen, in diesem Jahre eine recht intensive Agitationsarbeit in Angriff zu nehmen, mit andern Worten, das im Vorjahr Versäumte nachzuholen. (Anm. der Redaktion des Steinarbeiter: Dieses trifft vollinhaltlich auch auf unsre Organisation zu.) Das Jahr 1902 war zur Ausbreitung der Organisation deshalb weniger geeignet, weil sich der Verband gerade in der dazu berufensten Zeit in der Abwehr gegen das Scharfmachertum des Baugewerbes befand. In Deutschlands Norden setzten die Arbeitgeberverbändler des Baugewerbes ein in der längst geäußerten Absicht, einen Kampf um die Macht zu inszenieren. Unser Rechnungsabschluß zeigt uns in den Ausgabepositionen „Streikunterstützungen", „Rechtsschutzunkosten" 2c., daß dieser Kampf bedeutende Opfer erforderte, aber ebenso läßt auch unser Kassenabschluß erkennen, daß der Verband auch diesem Kampfe gewachsen war. Ein arger Fehler wäre es gewesen, wollten wir uns jetzt darüber hinwegtäuschen, als sei die Organisation für alle Eventualitäten vollauf gesichert. — Im Gegenteil kann es nunmehr erst recht nur Aufgabe des Verbandes sein, die Einrichtungen so zu gestalten, daß ähnlichen Kämpfen wie in Kiel und Hamburg mit aller Ruhe entgegengesehen werden kann.

Betrachten wir besagte Kämpfe des Vorjahres nur als Vorpostengefechte des Bevorstehenden und treffen hiernach unsre Maßnahmen, dann dürfen wir voraussagen, daß der Verband auch das angefangene Rechnungsjahr kassengeschäftlich und positionell befriedigend abschließen wird.

Submissionsresultate.

Submissionsblüten und deren Folgen. Bei der vor kurzem erfolgten Submission über Rabitzputzarbeiten im Postneubau zu Stettin bewegten sich neun der abgegebenen Offerten auf der mittleren Linie von rund 17500 bis rund 19600 Mk. Zwei Firmen hatten ein ganz erhebliches Unterangebot gemacht, nämlich die eine auf 13346 Mk. und die andre gar auf 11697 Mk. Der Vertreter der billigsten Offerte soll gegenüber einem angesehenen Stettiner Kollegen auf die Anfrage, weshalb er denn offenbar unter dem Selbstkostenpreis angeboten habe, erklärt haben, daß er auf diese Weise anderweite Reklamekosten für sein Geschäft sparen wolle! Es wäre bedauerlich, so schreibt man uns aus Stettin, wenn derartige Ramschbazar-Grundsätze auch im Handwerkerstande einrissen; die Feinde des Handwerks brauchten sich dann nicht mehr sonderlich zu bemühen, sie könnten dann getrost die kurze Zeit abwarten, bis sich die Handwerker im eigenen Lager selbst vernichtet haben.

Eine bittre Wahrheit liegt in diesen Worten; sie sollte allüberall den Kollegen zur Beherzigung dienen, damit die in der Tat immer mehr überhandnehmenden Auswüchse eines ungesunden Wettbewerbs zurückgedrängt werden und an die Stelle von augenblicklichen Spekulationserfolgen nur diejenigen als erstrebenswert treten, die sich aus den im Einklang mit der dem eignen Stande schuldigen Treue stehenden Schaffen für jeden Strebenden ergeben.

Wir entnehmen diese Notiz dem Unternehmerorgan, der Baugewerkszeitung. Es muß nun wirklich schon weit mit der Schmutzkonkurrenz gekommen sein, wenn selbst von dieser Seite nun endlich das bedenkliche dieser unsinnigen Unterbieterei eingestanden wird.

Eisenberg in Thüringen kann ebenfalls auf ein recht tolles Submissionsresultat stolz sein. Es wurden jüngst die Pflasterarbeiten vergeben und zwei biedere Steinsetzmeister gaben ihre Offerte ab. Der eine forderte 8000 Mk., der andre 16000 Mk., mithin bestand die kleine Differenz von 8000 Mk. Man wird durch solche Resultate vollständig baff und man kann nur die Zurechnungsfähigkeit solcher Unternehmer anzweifeln. Entweder will der eine einen ungeheuren Rebbach einstecken, oder der letztere war überhaupt nicht in der Lage, eine richtig erwogene Kalkulation abzugeben.

Rundschau.

Anstellung von Bezirksleitern. Der Vorstand der Hafenarbeiterorganisation schreibt die Stelle eines Bezirksleiters zur Bewerbung aus. Die Bewerber haben eine selbstgefertigte Probearbeit über die Aufgaben des Bezirksleiters einzuliefern. Auch die kürzlich in Chemnitz stattgefundene Metallarbeiterkonferenz beschloß die Anstellung eines Gauleiters für Sachsen und Thüringen. Es ist dies wiederum ein Beweis, daß sich solche Anstellungen bisher außerordentlich gut bewährt haben.

Der „Deutsche Arbeitgeber-Schutzverband" hat kürzlich eine Konferenz in Berlin abgehalten. Es soll ein vollkommenes Einverständnis über die gegenseitige Unterstützung bei Ausständen und Sperren erzielt worden sein. Weiter hat man beschlossen, beim Reichskanzler die Abänderung des § 153 der Gewerbeordnung zu beantragen, mit der Begründung, daß der Paragraph nicht genügend Schutz „gegen die Uebergriffe und den Terrorismus Ausständiger" biete. Besonders das „brutale" Vorgehen von Streikposten und das Verhängen von Sperren über einzelne Betriebe müßte, da diese dadurch ruiniert würden, unter Strafe gestellt werden. — Die Konferenz einigte sich darüber, daß bei „ungerechtfertigten" Ausständen die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung der von einem Ausstande oder einer Sperre betroffenen Meister 2c. eintreten müsse. Die Selbsthilfe

soll aber bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit ausgeübt werden. Von allen Unterverbänden aus soll eine planmäßige Agitation in den benachbarten Bezirken ins Leben gerufen werden. — Der Vorgang zeigt eindringlich, wie eifrig das Unternehmertum wühlt, um das schon so vielfach eingeengte Koalitionsrecht der Arbeiter weiter abzutragen. In demselben Augenblick, da die Vertreter der Unternehmerklasse sich vorbereiten, einander weitgehendste Unterstützung zu sichern und ihr Koalitionsrecht „bis zur äußersten Grenze der Zulässigkeit" zu gebrauchen, in demselben Augenblick bedrängen sie die Regierungen, den Arbeitern das gleiche Recht noch mehr zu entziehen.

Statistische Erhebungen des Steinmetzgewerbes von Dresden und Umgegend

in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1902.

Es ist auch in diesem Jahre nicht möglich, einen gesamten Ueberblick über die Verhältnisse der Steinarbeiter Dresdens zu geben. Die Beteiligung ist keine allgemeine gewesen. Denn nur 544 Mann oder ungefähr 75 Prozent haben Angaben gemacht. Aber immerhin gewähren diese Erhebungen, die auf genaue und richtige Angaben beruhen, einen klaren Einblick in die Berufsverhältnisse der Steinarbeiter Dresdens. Es sei im voraus bemerkt, daß nicht alle Fragen gleichmäßig von den Steinarbeitern beantwortet sind. So haben von 544 Beteiligten nur 514 den Lohn richtig angegeben. Der Gesamtlohn beträgt von den 514 590 319.11 Mark kommt also einem Jahresdurchschnitt von 1148.48 Mark gleich, das sind rund 99 Mark mehr als im Vorjahr. Es bedeutet dies aber keineswegs ein Steigen des Lohnes, sondern nur eine Zunahme, hervorgerufen durch die Abnahme der Arbeitslosigkeit. Die vermehrte Arbeitsgelegenheit ergibt sich erstens dadurch, daß beim Einstellen möglichst hiesige Gesellen von den Unternehmern berücksicht wurden, zweitens durch die Baukrauterei bei Privat- und Spekulationsbauten, wodurch fast sämtliche Arbeit am Orte angefertigt wurde. Solche Bauten übernehmen Gesellen, die weder Werkplatz noch sonstige Einrichtungen haben, die Arbeit demzufolge gleich am Bauplatze herstellen lassen. Es entstehen ihm so keine Regiekosten. Die Bezahlung erfolgte nach Tarif, aber in der letzten Zeit haben sich sehr zweifelhafte Elemente herausgebildet, daß man die Baukrauterei lieber beseitigen möchte.

Der Jahresdurchschnittslohn von 1896 an ergibt folgendes:

1896: 1236.82 Mk.	1899: 1210.50 Mk.
1897: 1249.36 „	1901: 1049.74 „
1898: 1245.16 „	1902: 1148.48 „

Der Jahresdurchschnittslohn ergibt einen Durchschnittsverdienst von 22.08 8/13 Mk. pro Woche, einen durchschnittlichen täglichen Verdienst von 3.68 4/13 Mk. und einen Stundenlohn von 43 5/17 Pfg. Im Sommer beträgt der durchschnittliche Wochenlohn 26.32 Mk., im Winter 16.81 Mk. Der Stundenlohn im Sommer 51 Pfg. und im Winter 37 Pfg. Es wurde im Sommer noch nicht einmal der im Tarif festgesetzte Stundenlohn von 65 Pfg. erreicht. Würde man nun beständig nach den im Tarif festgesetzten Stundenlohn arbeiten, den Tag zu 8 Stunden und das Jahr zu 300 Arbeitstagen, unter Abzug von 50 (Siehe unter Arbeitslosigkeit) arbeitslosen Tagen gerechnet, so erzielte man einen Verdienst von 1300 Mk., also 150 Mk. mehr als im Akkord.

Die an die einzelnen Arbeiter gezahlten Löhne schwanken zwischen 433.07 Mk. und 2188.56 Mk. Wie sich die Löhne nach Klassen geordnet auf die Arbeiter verteilen und wie die Bewegung in diesen Klassen seit 1896 war, zeigt folgende Tabelle. Es verdienten:

	1896	1897	1898	1899	1901	1902
Mk.	Mann	Mann	Mann	Mann	Mann	Mann
Bis 600	9	23	49	42	63	36
601— 700	20	15	16	20	29	25
701— 800	35	39	32	36	41	30
801— 900	44	51	37	56	51	29
901—1000	45	62	57	49	60	46
1001—1100	70	75	59	66	57	46
1101—1200	62	66	78	78	63	63
1201—1300	75	97	60	88	59	51
1301—1400	57	91	77	87	38	52
1401—1500	47	79	79	58	45	44
1501—1600	25	70	73	41	30	36
1601—1700	20	53	60	37	15	27
1701—1800	11	39	51	13	8	17
1801—1900	4	19	44	10	5	7
1901—2000	2	16	22	3	1	3
2001—2100	—	—	12	2	1	1
2101—2200	—	—	5	3	—	1
2201—2300	—	—	8	1	—	—
2301—2400	—	—	6	1	—	—
2401—2500	—	—	2	—	—	—

Vorstehende Tabelle in Prozenten dargestellt ergibt folgendes. Es entfielen von 100 Steinmetzen auf die Lohnklasse:

	1896	1897	1898	1899	1901	1902
Mk.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.	Proz.
Bis 600	2,68	2,78	5,95	6,08	11,13	6,98
601— 700	3,29	1,81	1,94	2,90	5,12	4,95
701— 800	4,80	4,72	3,87	5,19	7,24	5,82
801— 900	7,37	6,18	4,60	8,10	9,00	5,63
901—1000	10,52	4,51	6,90	7,09	10,60	8,92
1001—1100	10,13	9,40	7,15	9,56	10,07	8,92
1101—1200	10,39	8,00	9,45	11,28	11,13	13,22
1201—1300	11,32	11,76	7,27	11,73	10,42	9,89
1301—1400	11,55	11,30	9,33	12,60	6,71	10,09
1401—1500	8,42	9,58	9,58	8,37	7,95	8,53
1501—1600	8,24	8,49	8,84	5,92	5,31	6,98
1601—1700	4,47	6,41	7,27	5,33	2,65	5,27
1701—1800	1,97	4,34	6,18	1,87	1,45	3,33
1801—1900	2,38	2,30	5,33	1,45	0,88	1,36
1901—2000	1,71	1,94	2,66	0,57	0,18	0,58
2001—2100	—	—	1,45	0,29	0,18	0,19
2101—2200	—	—	0,60	0,43	—	0,19
2201—2300	—	—	0,72	0,14	—	—
2301—2400	—	—	0,96	0,14	—	—
2401—2500	—	—	0,24	—	—	—

Den gesamten angeführten Löhnen liegt die Berechnung eines von beiderseitig anerkannten Tarifs zu Grunde. Ueber die Anwendung des Tarifs bei strittigen Punkten, hauptsächlich hervorgerufen durch die Vielseitigkeit der Architektur, entscheidet, wenn keine Einigung erzielt wird, eine aus Meistern und Gesellen bestehende Schiedskommission endgültig. Die vereinzelt höheren Löhne werden nur durch sogenanntes Wuchten (Ueberanstrengung der körperlichen Kräfte) erzielt. Die niederen Löhne ergeben sich einesteils durch kranke, anderenteils durch die von der Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen, und die mittleren Löhne, durch solche, die jahrelang bei einem Meister arbeiten, also selten von großer Arbeitslosigkeit berührt werden. Nicht ohne Einfluß auf die Lohnverhältnisse ist das Submissionswesen geblieben, d. h. an städtischen und Staatsbauten. Durch das Mindestpreisverfahren haben einzelnen Unternehmer eine Konkurrenz entwickelt, daß es denselben unmöglich wurde, die Arbeitsbedingungen innezuhalten. Um das Defizit zu heben, wird die lohnende Arbeit entweder im Bruche oder am Werkplatz ebenfalls von Spitzmaurern oder unorganisierten Steinmetzen für kaum die Hälfte des im Tarif festgesetzten Preises angefertigt. Es wird dann bei solchen Arbeiten weniger auf qualitative Leistung gesehen. Die mittleren und minderwertigen Arbeiten werden von organisierten Steinmetzen angefertigt. Auf einen sogar größeren Werkplatz hat der Unternehmer gar nicht erst nötig, die Arbeit in die Brüche zu geben, denn sein Stamm in- und ausländischer Steinmetzen arbeitet ja schon bis zu 10 Proz. unter Tarif. Solche Dinge kommen aber auf jedem Werkplatze vor, wenn der Unternehmer durch Unterbietung die Arbeit an sich gebracht hat, vorausgesetzt, wenn er nicht Brüche besitzt. Natürlich trägt hier die anhaltende Krise ihren Teil mit bei. Unsre Aufgabe müßte es sein, das, was errungen worden ist in guten Zeiten, in schlechten zu erhalten. Aber das ist unter den Verhältnissen nicht so leicht. Dieserhalb muß es unsre Aufgabe sein, die Behörden zu ersuchen, nur dem Unternehmer die Arbeit zu geben, der die zwischen den Meistern und Gesellen anerkannten Arbeitsbedingungen innehält; denn jetzt bekommt der Mindestfordernde die Arbeit übertragen, ohne Rücksicht auf die Lohnverhältnisse. Denn solange eine solche Mißwirtschaft besteht, kann von geregelten Arbeitsverhältnissen keine Rede sein.

Ueber die Arbeitslosigkeit gibt nachstehendes Auskunft. Arbeitslos gewesen sind von 544 Mann 464 oder 85,29 Proz. Der Rest ist entweder krank gewesen oder sie haben keine Angaben gemacht. Der Durchschnitt beträgt 49,94 Tag, und die gesamten arbeitslosen Tage 23 175. Im Sommer waren 237 Mann 4785 Tage arbeitslos, im Durchschnitt 20,19 Prozent. 18 390 arbeitslose Tage hatten im Winter 425 Mann, kommt zu einem Durchschnitt von 43,20 Tag. Die Arbeitslosigkeit schwankte zwischen 5 und 204 Tagen.

Ueber die jährlichen durchschnittlichen arbeitslosen Tage gibt nachstehendes Auskunft, sie betrugen:

1896: 43 1/2 Tage	1899: 49 Tage
1897: 47 3/4 „	1901: 78 7/10 „
1898: 40 1/4 „	1902: 50 „

Wie nun dem einzelnen die Arbeitslosigkeit betroffen hat, zeigt folgende Tabelle. Es waren arbeitslos:

Bis zu 10	Tagen	20	Mann	oder 4,30	Prozent
Von 10 bis 20	„	88	„	„ 18,92	„
„ 20 „ 30	„	63	„	„ 13,55	„
„ 30 „ 40	„	31	„	„ 6,67	„
„ 40 „ 50	„	49	„	„ 10,54	„
„ 50 „ 60	„	34	„	„ 7,31	„
„ 60 „ 70	„	24	„	„ 5,16	„
„ 70 „ 80	„	25	„	„ 5,39	„
„ 80 „ 90	„	23	„	„ 4,95	„
„ 90 „ 100	„	19	„	„ 4,09	„
„ 100 „ 110	„	29	„	„ 6,24	„
„ 110 „ 120	„	18	„	„ 3,87	„
„ 120 „ 130	„	9	„	„ 1,94	„
„ 130 „ 140	„	11	„	„ 2,37	„
„ 140 „ 150	„	8	„	„ 1,72	„
„ 150 „ 160	„	1	„	„ 0,21	„
„ 160 „ 170	„	2	„	„ 0,43	„
„ 170 „ 180	„	5	„	„ 1,08	„
„ 180 „ 190	„	1	„	„ 0,21	„
„ 200 „ 210	„	4	„	„ 0,86	„

(Schluß folgt.)

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 16. bis mit 21. März 1903.

Wenig-Rackwitz, I. Qu. 27.60; Grünsfeld, Beitrag 96.—; Werden, Beitrag 14.70, Beitragsbücher 2.50, Gesetzbücher 2.—, Gesch. d. Org. 1.20; Nienburg, Beitrag 5.60, Delegiertensteuer 0.25; Landsberg, Beitrag 6.50, Eintrittsmarke 0 50 (Bayer); Landsberg, Beitrag 3 20, Eintrittsmarken 1.— (Wernicke); Demitz-Thumitz, Beitrag 240.80, Eintrittsmarken 50.—, Hauptbuch 2.50; Schreiersgrün, Beitrag 128.—, Hauptbuch 2.50; Wolnzach, Beitrag 1.30, Eintrittsmarke 0.50; Schnieheim, I. u. II. Qu. 1.80; Preßburg, I. u. II. Qu. 1.88; Wetter, Beitrag 0.85; Brandenburg, Beitrag 50.—; Röcknitz, Beitrag 56.—, Eintrittsmarken 100.—, Hauptbuch 2.50, Stempel 1.50; Berlin, I. Qu. 0.95 (Vetter); Berlin, I. Qu. 2.40 (Lieske); Bautzen, Beitrag 42.—; Frankfurt a. Oder, Beitrag 6.25; Halle, I. Qu. 9.—; Hartershofen, Hauptbuch 2.—; Stempel 1.50, Beitrag 28.—; Ohlsdorf, Beitrag 30.—; Dessau, Beitrag 1.25; Hannover, Beitrag 54.80; Berneck, Beitrag 112.—; Kaufbeuren, Beitrag 4.20; Schöllkrippen, Beitrag 4.60; Offenbach, Eintrittsmarken 16.—; Doberan, Beitrag 2.20; Ohrdruf, Beitrag 4.80, Delegiertensteuer 0.25; Springe, ? 43.70; Bremen I, Beitrag 128.—, Hauptbuch 2.50; Hamburg II, Beitrag 80.—; Halberstadt, I. Qu. 4.80; Ottenhöfen, Beitrag 41.—, Eintrittsmarken 14.—; Waldenburg, Beitrag 2.—, Eintrittmarke 0.50; Eppingen, I. Qu. 2.—; Tonndorf, Beitrag 5.—, III., IV. u. I. Qu. 8.40; Albendorf, I. Qu. 1.50; Mühlhausen i. Th., Beitrag 66.—, I. Qu. 23.60; Berlin, I. u. IV. Qu. 4.80.

Felix Lange.

An die Vertrauensleute des Leipziger Gaues.

Die Gauverwaltung wandte sich mittels Zirkulars am 22. Februar an die Vertrauensleute mit dem Ersuchen, dasselbe sofort zu beantworten. Leider sind von 19 Zahlstellen bisher nur 5 diesem Ansinnen nachgekommen.

Kollegen, es ist notwendig, daß das Versäumte sofort nachgeholt wird, damit wir keine Zeit verlieren, um eine rege Tätigkeit entfalten zu können. Nur dann sind wir in der Lage, praktische, nutzbringende Arbeit zu leisten. Darum Kollegen, auf zur Arbeit.

Die Gauleitung.

J. A.: Ludwig Geist, Leipzig, Sophienstr. 60, H. p.

Aufruf!

An die Kollegen des VI. Gaues mit folgenden Zahlstellen: Alvensleben, Braunschweig, Braunlage, Brackwede, Hannover, Leopoldsthal, Mehle-Osterwald, Osterholz, Osnabrück, Springe, Wernigerode.

Kollegen, da die Verhältnisse in Braunschweig es nicht zulassen, eine Gauleitung zu wählen, so ist in der Versammlung vom 15. März 1903 zu Braunschweig ein Antrag angenommen, der dahin geht, daß Unterzeichneter eine Konferenz einzuberufen hat, auf welcher der Gauleiter gewählt werden soll. Kollegen, ich halte es für richtig, so schnell wie möglich dies zu tun, denn die Zeit ist ernst und wir dürfen keinen Tag verlieren in der Agitation. Ich fordere die Kollegen auf, Versammlungen einzuberufen und darüber zu beraten, wie es gehandhabt werden soll, einen Gauleiter zu wählen und wie wir den Kollegen im schlimmsten Falle unterstützen. Auch andere Orte, wo sich organisierte Kollegen befinden, mögen sich an der Konferenz beteiligen, damit die Agitation mit Erfolg betrieben werden kann. Die Kosten hat jeder Ort selbst zu tragen. Die Situationsberichte sind, um Zeit zu sparen, schriftlich mitzubringen oder an den Unterzeichneten zu senden.

Die Konferenz findet an den beiden Ostertagen in Hildesheim statt. Die Zeit des Beginnes und das Konferenzlokal wird in nächster Nummer bekanntgegeben.

Tagesordnung: 1. Agitationsbericht. 2. Agitation; a) Wahl eines Gauleiters; b) Unterstützung desselben. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Anträge sind vorher an den Unterzeichneten zu richten, sowie auch alle Anfragen.

K. Müller, Steinmetz
Ohr b. Emmerthal (Kreis Hameln).

Litterarisches.

Die Kunst der Rede. Jetzt, wo die Geister aufeinanderplatzen, möchte jeder des freien Wortes mächtig sein. Allen denen, die an den Redeschlachten des beginnenden Wahlkampfes teilnehmen wollen, wird daher Wittichs Buch Die Kunst der Rede, das soeben in zweiter Auflage im Verlage von Richard Lipinski, Leipzig, Langestraße 27, erschienen ist, höchst willkommen sein. Wittich war selbst ein vorzüglicher Redner und rühmend wurde von der Presse anerkannt, daß Wittich die Kunst der Rede wirklich als Kunst behandelt und eine geistreiche aus eigner Erfahrung geschöpfte Belehrung in dem Buche gibt. Das Buch sei deshalb zur Anschaffung bestens empfohlen und kann es vom Verlage zum Preise von 1 Mark, in Leinen gebunden 1.50 Mark, Porto 10 Pfg., bezogen werden.

Von der illustrierten Romanbibliothek In Freien Stunden liegen die Hefte 11 und 12 des neuen Jahrgangs vor. Der Goldmensch, ein volkstümlicher Roman des ungarischen Dichters M. Jokai, erscheint als Hauptroman. Neben diesem gelangt die schlichte, hauptsächlich die Jugend fesselnde Erzählung der beiden beliebten Schriftsteller Erckmann-Chatrian: Frau Therese zum Abdruck. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pfg. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parteiblätter und die Post (Postzeitungskatalog Nr. 3856) entgegen. Wir können unsren Lesern das Abonnement empfehlen. Beim Quartalswechsel sollten die Postabonnenten die Erneuerung des Abonnements nicht versäumen.

Von der Hütte, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag H. Wallfisch) ist soeben das 24. Heft erschienen, das letzte Heft des ersten Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Liebe ist ewig. Roman von Polenz. (Schluß.) — März-Träumerei. Von Wilhelm Bölsche. — Lütt Jan. Gedicht von Otto Ernst. — Moderne illustrierte Jugendbücher. Von ms. — Aus einem japanischen Tagebuche. Von W. Meischke-Smith, bearbeitet von E. Otten. — Hasel. Altes Volkslied. — Die Anemonen. Von Karl Ewald. — Wilhelm Bölsche. Von Franz Diederich. — „Franzosen sind auch Menschen". Von Ernst Amsloh. — Thomas More als Humanist und Kommunist. — Von Gustav Jaeckh. — Kunstbeilage: Hans Holbein d. J.: Thomas Morus.

Anzeigen.

Assoziationen, Geschäftsverkäufe, Hypotheken-Vermittlung 2c. durch Wilhelm Hirsch, Mannheim, S 6.

Hobelstahl
Steinhauerstifte
Massstäbe
Winkel
Kokos-Handfeger
Billigste Preise. — Grösstes Lager.
Schnelle Bedienung.
Robert Baer, Löwenberg i. Schl.

Strassburg in Els.
Für Steinmetzen.
Hobelbänder à Meter **7** Pfg.
Steinhauerstifte à Dutzend **22** „
Wiederverkäufer erhalten **Rabatt.**
B. Böhle, Rabenbrücke.

Todes-Anzeigen.

Am 12. März starb unser Kollege

Christ. Louis Zimmermann
aus Aue

im 40. Lebensjahre an der Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Schneeberg und Umgegend.

Am 13. März starb unser Kollege

Andreas Pohrer

nach 11monatlichem Krankenlager im Alter von 40 Jahren an der Lungenschwindsucht.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter Pilgramsreuth.

Am 16. März starb unser Kollege

Wilhelm Duscheck
aus Breslau

nach längerem Leiden im Alter von 30 Jahren an der Berufskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Die organisierten Steinarbeiter von Basel.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.